

FÜR EINE FEMINISTISCHE
UND ANTIFASCHISTISCHE ZUKUNFT!

feministisch solidarisch gewerkschaftlich

8M GOES SOZIALSTAATSPROTESTE

Feministischer Block bei „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente“

Der DGB Berlin-Brandenburg ruft zum Aktionstag für den Sozialstaat auf. Wir beteiligen uns. Mit eigenem feministischem Block, Lautsprecherwagen und Beiträgen unserer Bündnispartner*innen. Denn: Dieser Kahlschlag des Sozialen ist ein Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiter*innen- und der Frauenbewegung. Was die Merz-Regierung, das Bundesgesundheitsministerium und die Rentenkommission gerade zusammenstreichen, hat ein Geschlecht: Es sind vor allem Frauen und queere Menschen, die die Rechnung zahlen. Sie schultern immer noch den Löwenanteil des Sozialen. Sie müssen ausgleichen, was der Staat vernachlässigt. Die Kapitaleseite und ihre Lautsprecher in der Regierung verlieren jede Scham. Wir werden als faul, unflexibel und teuer beschimpft. Wir sollen mehr arbeiten und auf Abruf bereitstehen. Unser Kündigungsschutz wird geschliffen. Wenn wir krank werden, sollen wir mehr zahlen. Wenn wir alt sind, erwartet viele von uns eine mickrige Rente. Tarifverträge in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen werden angegriffen.

Infos zur Demo:
[berlin-brandenburg.dgb.de/
sozialstaat-erhalten](https://berlin-brandenburg.dgb.de/sozialstaat-erhalten)

Das mutet man uns zu:

- **Vier Jahre lang kein Tariflohn in der Pflege.** Ein von Frauen und Migrant*innen geprägter Beruf soll weiter unter Wert bezahlt werden – ver.di nennt das zu Recht einen Affront gegen die Beschäftigten.
- **Eventuell Kürzung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige** Wer zu Hause pflegt – oft Frauen –, bekommt eine kleinere Rente. Das schickt Menschen, die schon jetzt im Schnitt nur wenig Rente haben, direkt in die Altersarmut.
- **Höhere Hürden bei Pflegegraden und längere Wartezeiten auf Leistungszuschläge.** Pflegebedarfe und Sorgearbeit werden nicht anerkannt, der Druck zur häuslichen Pflege – und zum Rückzug aus dem Job – wächst. Auch das trifft vor allem Frauen.
- **Streichung der Tariffinanzierung im Krankenhaus und gedeckelte Pflegebudgets.** Noch ein von Frauen und Migrant*innen geprägter Sektor wird abgewertet, Unterbesetzung und Belastung nehmen zu.



Kommt zur Demo!

**Kommt zum
feministischen
Block!**

**Macht mit uns
laut, dass Sozial-
politik immer auch
Geschlechterpolitik
ist.**

Das mutet man uns zu:

- **Höhere Zuzahlungen und Leistungskürzungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung.** Bei (im Schnitt geringeren) Einkommen von Frauen wiegen Zusatzkosten besonders schwer.
- **Kürzungen bei der umlagefinanzierten Rente.** Frauen haben im Schnitt weniger private oder betriebliche Altersvorsorge. Kürzungen bei der gesetzlichen Rente treffen sie deshalb doppelt hart.
- **Verschärfte Regeln für Eltern in der Grundversicherung.** Sobald das Kind 15 Monate alt ist, sind Eltern verpflichtet, Arbeit aufzunehmen, sonst drohen Sanktionen von bis zu 30%.
- **Tägliche Höchstarbeitszeit von bis zu 13 Stunden.** Wer Kinder oder Angehörige betreut, braucht verlässliche, planbare Arbeitszeiten. Das trifft überproportional Frauen. Besonders hart trifft es Berufstätige in prekären Branchen wie Handel und Service, wo viele Frauen und viele Migrant*innen arbeiten: Wo es keine Betriebsräte und Tarifverträge gibt, wächst der Druck. Zumutungen bei der Arbeitszeit nehmen zu – mit erheblichen gesundheitlichen Folgen und dem Verlust von Planbarkeit für Familie und Leben.
- **Einen Kanzler mit überholtem Frauenbild,** der sich gegen die Abschaffung von Paragraph 218 StGB stellt.
- **Verbot von Vergesellschaftung:** Die Vergesellschaftung von großen privaten Wohnungskonzernen soll per Bundesgesetz verboten werden – obwohl das Grundgesetz es explizit erlaubt und Berlin 2021 sich per Volksentscheid für die Vergesellschaftung entschieden hat. Gleichzeitig haben es Frauen und besonders Alleinerziehende und Betroffene von häuslicher Gewalt überproportional schwer, in Berlin überhaupt noch eine Wohnung zu finden.

Für einen Sozialstaat, der niemanden zurücklässt – feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich.

Unsere Forderungen

- **Tarifentlohnung in der Pflege** sofort und vollständig finanzieren
- **Volle Rentenanwartschaften** für pflegende Angehörige
- **Pflegegrade** an der Realität der Sorgearbeit orientieren
- **Solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung** (durch alle Berufsgruppen und Einkommensarten)
- Eine **Rente**, die **Altersarmut** von Frauen sicher **verhindert**
- **Weniger Lohnarbeit:** Kurze Vollzeit für alle, voller Lohn- und Personalausgleich
- **Grundsicherung ohne Zwang** und Sanktionsdruck auf Eltern
- **Sorgearbeit anerkennen** und eine faire Verteilung von Sorgearbeit fördern
- **Pflegevollversicherung** statt Teil-Kasko zulasten der Gepflegten und ihrer Angehörigen
- **Gleichstellung stärken:** Sorgearbeit gerecht verteilen, ökonomische Unabhängigkeit fördern, Gewaltschutz ausbauen.
- **Steuergerechtigkeit stärken:** Spitzensteuersatz anheben, Kapitalerträge stärker besteuern, Vermögensteuer wiedereinführen, Erbschaftsteuer reformieren, Körperschaftsteuer langfristig erhöhen.
- **Bezahlbarer Wohnraum für alle** und Umsetzung des Volksentscheids Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Der Sozialstaat ist ein gemeinsames Gut.

Er wurde hart erkämpft.

Wir können ihn uns leisten.

Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung verhindern, dass Alter oder Lebenskrisen direkt in Armut führen. Erst ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und Bildungschancen versetzt Menschen überhaupt in die Lage, die Stimme zu erheben und ihre politischen Rechte wahrzunehmen. Wer hier kürzt, schwächt nicht nur Einzelne, sondern uns alle. Und am Ende die Demokratie.

